

Bewerbungsbedingungen Universitätsmedizin Greifswald

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV). Die nachfolgenden Bestimmungen konkretisieren die Regelungen der VgV, die uneingeschränkt gelten.

Bietergemeinschaften stehen Einzelbietern gleich. Sie werden nachfolgend beide als Bieter bezeichnet. Zu den Besonderheiten bei Bietergemeinschaften siehe unten Ziff. 6.

1. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Bestehen nach Auffassung des Bieters in den Verfahrens- und Vergabeunterlagen Unklarheiten, Lücken oder Widersprüche, hat dieser unverzüglich über die Kommunikationsfunktion der Vergabeplattform <https://www.dtv.de/> darauf hinzuweisen.

2. Informationen und Kommunikation

2.1. Information und Kommunikation finden im gesamten Vergabeverfahren ausnahmslos in Textform statt und zwar grundsätzlich nur über die Kommunikationsfunktion der Deutschen Vergabeplattform <https://www.dtv.de/>.

Die Angebote mit ihren Anlagen sind in elektronischer Form einzureichen. Wegen der weiteren Einzelheiten siehe auch unten Ziff. 4.5.

2.2. Fragen an die Vergabestelle sind ebenfalls ausschließlich über die Deutsche Vergabeplattform <https://www.dtv.de/> zu richten. Im Interesse der Effektivität werden Fragen der Bieter im Vergabeverfahren bis spätestens 10 Tage vor Ablauf der Angebotsfrist erbeten.

2.3. Alle Fragen von interessierten Unternehmen zu den Vergabeunterlagen, die für alle potenziellen Bieter von Interesse sind, werden vom Auftraggeber beantwortet und auf der Vergabeplattform eingestellt. Die Fragen der interessierten Unternehmen werden dabei in anonymisierter Form wiedergegeben. Unternehmen, die sich registriert haben, werden per E-Mail über neue Antworten im Forum informiert. Nicht registrierte Unternehmen sollten sich regelmäßig auf der Vergabeplattform über ggf. neu eingestellte Antworten informieren

2.4 Jegliche Kommunikation findet im Vergabeverfahren in deutscher Sprache statt.

3. Anforderungen an das Angebot

- 3.1. Jeder Bieter darf nur ein Angebot einreichen. Besteht die Ausschreibung aus mehreren Losen, darf er grundsätzlich für ein Los, mehrere oder alle Lose Angebote einreichen, es sei denn, dass der Auftraggeber eine Loslimitierung vorgegeben hat. Hierauf wird in einem solchen Fall in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen hingewiesen. Pro Los darf ein Bieter jedoch nur ein Angebot einreichen.
- 3.2. Gibt eine Bietergemeinschaft ein Angebot ab und legt ein Mitglied dieser Bietergemeinschaft zudem ein eigenes Angebot vor (unabhängig davon, ob allein oder in Bietergemeinschaft mit dritten Unternehmen), gelten diese beiden Angebote als Angebote eines Bieters und werden beide ausgeschlossen.
- 3.3. Die Regelungen nach Ziffer 3.2. gelten nicht, wenn jedes der betroffenen Unternehmen nachweist, dass sie bei Würdigung aller relevanten rechtlichen und tatsächlichen Umstände des Einzelfalles in einem vollkommen uneingeschränkten Wettbewerb zueinanderstehen. Hierfür sind die strukturellen Umstände darzustellen, die einen Wettbewerbsverstoß bereits im Ansatz effektiv verhindern. Erforderlich sind konkrete Ausführungen insbesondere dazu, ob und in welcher Form verhindert wird, dass zwischen verbundenen Unternehmen Einfluss auf das Ausschreibungsverhalten genommen werden kann. Weiterhin ist darzulegen, ob und gegebenenfalls welche organisatorischen und personellen Verflechtungen bestehen und ob die betroffenen Unternehmen räumlich getrennt agieren. Der Auftraggeber wird diese Unternehmen im Rahmen der Prüfung der Eignung auffordern, entsprechende Erklärungen nachzureichen.
- 3.4. Das Angebot ist einschließlich aller Anlagen in deutscher Sprache abzufassen.
- 3.5. Das Angebot muss vollständig sein; unvollständige Angebote können ausgeschlossen werden.
- 3.6. Fehlende oder unvollständige Erklärungen und Nachweise können - nach Ermessen der Vergabestelle - nachgefordert werden (die Gleichbehandlung wird dabei streng eingehalten); Bieter werden ggf. diesbezüglich aufgefordert.
- 3.7. Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.
- 3.8. Inhaltliche Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

4. Änderungsvorschläge oder Nebenangebote

- 4.1. Soweit Nebenangebote zugelassen sind, müssen sie die in den Vergabeunterlagen aufgeführten Mindestanforderungen erfüllen; dies ist mit Angebotsabgabe durch Vorlage entsprechender Unterlagen nachzuweisen.
- 4.2. Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist dabei, soweit möglich, beizubehalten.
- 4.3. Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.
- 4.4. Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot darauf hinzuweisen und entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.
- 4.5. Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengensätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei einer Vergütung als Pauschalsumme).
- 4.6. Nebenangebote, die den zuvor genannten Kriterien nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

5. Bietergemeinschaften

- 5.1. Jede Bietergemeinschaft hat mit dem Angebot als dessen Anlage eine Bietergemeinschaftserklärung einzureichen. **Der Auftraggeber stellt hierfür einen Vordruck in der Bieter-Eigenerklärung als Anlage zur Verfügung; die dortigen Hinweise sind zu beachten.**
- 5.2. Gibt eine Bietergemeinschaft keine Erklärung gemäß Ziffer 5.1 ab, kann sie vom Vergabeverfahren ausgeschlossen werden. Die Erklärung kann - nach Ermessen der Vergabestelle - nachgefordert werden (die Gleichbehandlung wird dabei streng eingehalten); Bieter werden ggf. diesbezüglich aufgefordert.

6. Nachunternehmer/Privilegierter Nachunternehmer

- 6.1. Der Bieter ist nicht grundsätzlich verpflichtet, bereits mit dem Angebot Nachunternehmer namentlich zu benennen, deren Einsatz er bei der Vertragsdurchführung plant. Der

Auftraggeber wird die in die engere Wahl für den Zuschlag kommenden Bieter gesondert auffordern, die Namen der Nachunternehmer zu benennen und ggf. entsprechende Verpflichtungserklärungen vorzulegen. (Für privilegierte Nachunternehmer (Eignungsleihe) siehe jedoch das Folgende).

- 6.2. Ein Bieter kann für einen bestimmten öffentlichen Auftrag im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Eignungsleihe), wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen.
- 6.3. Will sich ein Bieter auf die wirtschaftliche oder finanzielle Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens berufen, so hat er dessen wirtschaftliche oder finanzielle Leistungsfähigkeit durch geeignete Unterlagen (z. B. Bankerklärung) nachzuweisen.

In diesem Fall wird die Vergabestelle, wenn die Eignung des anderen Unternehmens und des Bieters ansonsten vorliegt und das Angebot des Bieters in die engere Wahl für den Zuschlag kommt, zuvor eine Erklärung des anderen Unternehmens verlangen, dass es im Auftragsfall für die Verbindlichkeiten des Bieters gegenüber der Vergabestelle neben dem Bewerber gesamtschuldnerisch haften wird.

- 6.4. Ein Bieter darf die technische und berufliche Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens zu seinen Gunsten bei der Eignungsprüfung werten lassen, wenn er selbst über die für den Auftrag erforderliche Einigung nicht verfügt. Er kann jedoch im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise nach § 46 Absatz 3 Nummer 6 VgV oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese im Auftragsfall die selbst Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. Voraussetzung dafür ist, dass dieses andere Unternehmen bereits mit dem Angebot im vom Auftraggeber dafür zur Verfügung gestellten Vordruck Anlage zur Eigenerklärung benannt wird und in der Verpflichtungserklärung seine Bereitschaft zur Leistungserbringung für den Fall der Beauftragung des Bieters rechtsverbindlich zusagt.

Ein solch anderes Unternehmen ist „privilegierter Nachunternehmer“ im Sinne dieser Bewerbungsbedingungen, unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bieter und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen; er wird im Rahmen der Eignungsprüfung bis auf den Versicherungsnachweis so behandelt, als sei er Mitglied einer Bietergemeinschaft.

Entfall oder Austausch eines privilegierten Nachunternehmers nach Angebotsabgabe kann nur auf Antrag erfolgen und bedarf der Genehmigung der Vergabestelle. Die Vergabestelle ist für diesen Fall verpflichtet, die Eignung des Bieters erneut festzustellen. Auf die dann erforderliche nochmalige Einreichung der mit dem Angebot vorzulegenden Erklärungen und Nachweise wird verwiesen.

- 6.5. Liegen die Voraussetzungen für die Berücksichtigung der Eignung eines privilegierten Nachunternehmers nach Ziffer 6.4 vor und erhält der Bieter den Auftrag, ist er berechtigt und verpflichtet, den privilegierten Nachunternehmer in dem von ihm bezeichneten Umfang einzusetzen.

7. Mit dem Angebot einzureichende Unterlagen

7.1. Eignungsnachweise

Präqualifizierte Unternehmen können den Eignungsnachweis durch den Eintrag ihres Unternehmens in einem amtlichen Verzeichnis (sog. Präqualifikationsverzeichnis) oder über eine Zertifizierung, ergänzt durch geforderte auftragsbezogene Einzelnachweise, erbringen.

Beim Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen deren Präqualifikation ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise nachzuweisen.

Die **präqualifizierten Bewerber** haben auf jeden Fall im Vordruck **Bieter_Eigenerklärung** die vorangestellten „allgemeinen Angaben“ zum Unternehmen sowie die Angaben zur Präqualifikation (Ziff 1.1) auszufüllen und dem Angebot beizufügen. Darüber hinaus haben sie darauf zu achten, ob die bei der Präqualifizierungsstelle hinterlegten und für den Auftraggeber einsehbaren Nachweise, die im Vergabeverfahren geforderten Nachweise, insbesondere für die Mindestanforderungen zur Eignung, mit abdecken. Soweit dies nicht der Fall ist, sind dem Angebot neben der Angabe der Präqualifizierungsstellen und der Präqualifizierungsnummern die entsprechenden Nachweise beizufügen.

Nicht präqualifizierte Bewerber haben in jedem Fall den Vordruck **Bieter_Eigenerklärung** auszufüllen. Wir weisen darauf hin, dass die Eignungsnachweise sich ausschließlich auf das Unternehmen des Bieters selbst beziehen müssen (z.B. Umsatz, Mitarbeiterzahl, Referenzaufträge). Nachweise, die sich auf andere Unternehmen (d.h. natürliche oder juristische Personen) als den Bieter beziehen, reichen nicht aus, auch nicht, wenn es sich bei diesen um mit dem Bieter verbundene Unternehmen (sog. Konzerngesellschaften) handelt! Auf die Möglichkeit der Eignungsleihe wird hingewiesen (siehe oben Ziff. 6).

Die Auftragsvolumina (Auftragswert) in den Referenzlisten sind in Euro, Bruchteile in vollen Cents anzugeben. Die Auftragsvolumina in den Referenzlisten sind ohne Umsatzsteuer anzugeben.

Alle Erklärungen und Nachweise sind in deutscher Sprache einzureichen. Erklärungen und Nachweisen in fremder Sprache sind Übersetzungen in deutscher Sprache beizufügen. Auf ausdrückliches Verlangen der Vergabestelle hat der Bieter die Übersetzung durch einen in der Bundesrepublik Deutschland für die jeweilige Sprache amtlich vereidigten Übersetzer bestätigen zu lassen.

Können aufgrund von Umfirmierung oder Umbenennungen oder Rechtsnachfolge eines Unternehmens geforderte Nachweise nicht vorgelegt werden, weil das als Bieter auftretende Unternehmen z.B. bei Behörden (Finanzamt, kommunales Steueramt) oder Berufsgenossenschaft noch nicht geführt bzw. von den genannten Stellen nicht attestiert werden kann, dass das Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachgekommen ist, so sind die entsprechenden Nachweise für das Unternehmen unter dem vorherigen Namen bzw. für den Rechtsvorgänger beizubringen. Der Bieter ist verpflichtet, im Bedarfsfall durch weitere Belege (z.B. Handelsregistrauszüge o.ä.) nachzuweisen, dass das bietende Unternehmen durch Umfirmierung, Rechtsnachfolge o.ä. aus dem Unternehmen entstanden ist, für welches die Nachweise vorgelegt werden. Gleiches gilt für evtl. geforderte Referenzen oder weitere geforderte Nachweise zur Beurteilung der Fachkunde und Leistungsfähigkeit im Sinne von § § 45, 46 VgV.

7.2. Angebot

Die mit dem Angebot einzureichenden Angebotsunterlagen finden Sie im Dokument „Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes“.

Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen und können nur über die Vergabeplattform www.dtv.de hochgeladen werden.

Vom Bieter sind dem Angebot sämtliche geforderten Unterlagen beizufügen. Mündliche Ergänzungen werden nicht berücksichtigt. Ein in Papierform, als Telefax, per E-Mail oder im Wege anderer elektronischer Medien als über die Vergabeplattform eingereichtes Angebot kann nicht berücksichtigt werden.

Das Angebot muss vollumfänglich den Mindestanforderungen der Vergabeunterlagen und den Vertragsbedingungen entsprechen. Bedingungen, Einschränkungen, Änderungen etc., z.B. Haftungs- und Leistungsbeschränkungen (auch in den Konzepten) können zum Ausschluss des Angebotes führen.

Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und
- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

Die Zuschlagskriterien und deren Gewichtung finden Sie im Dokument „Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes“.

8. Vergaberechtliches Nachprüfungsverfahren

8.1. Vergabekammer im Sinne des § 156 GWB:

Vergabekammern bei dem Ministerium für Wirtschaft Arbeit und Gesundheit MV

Johannes Stelling-Str. 14

19053 Schwerin

Tel. 0385/588-5164

Fax 0385/588 485-5817

Email: vergabekammer@wm.mv-regierung.de

8.2. Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegen-über dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

- 8.3. Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Durchführung eines Nachprüfungs-verfahrens alle Verfahrensbeteiligten nach § 165 Abs. 1 GWB ein Akteneinsichtsrecht haben. Mit der Abgabe eines Angebotes wird dieser in die Akte des Auftraggebers als Vergabestelle aufgenommen. Jeder Bieter muss daher mit der konkreten Möglichkeit rechnen, dass sein Angebot mit allen Bestandteilen von den anderen Verfahrensbeteiligten bei der Vergabekammer eingesehen wird. Es liegt daher im eigenen Interesse eines jeden Bieters, schon in seinen Angebotsunterlagen auf wichtige Gründe, die nach § 165 Abs. 2 GWB die Vergabe-kammer veranlassen, die Einsicht in die Akten zu versagen, hinzuweisen und diese in seinen Unterlagen entsprechend kenntlich zu machen (z.B. durch Bei-fügung einer weiteren Ausfertigung des Angebotes, in dem Geheimnisse, ins-besondere Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse geschwärzt sind).